

Stadtgespräch vom 23.05.2009

## **Europawahl am 7. Juni: Warum sollten wir wählen?**

### **Gymnasiasten diskutierten mit Politikern**

Wie demokratisch ist Europa wirklich? Welchen Stellenwert hat Bildung innerhalb Europas? Wie sind Wirtschafts- und Klimakrise in den Griff zu bekommen? Und: Warum sollten wir überhaupt wählen? Diese und andere Fragen stellten Mitglieder des Politikurses im Jahrgang 12 des Gymnasiums Bad Iburg (GBI) anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni während einer Podiumsdiskussion mehreren Politikern.

Eigentlich hätte es eine Befragung von Kandidaten für die Europawahl sein sollen, die letztlich erschien mit Hubertus Rau (FDP) nur ein Politiker, der für die Europawahl kandidiert, während die SPD mit Holger Dobratz einen Kommunalpolitiker aus der Kreisebene und die Linken mit Maren Kaminsky ein Mitglied ihres Bundesvorstands schickten. Die CDU und die Grünen verzichteten vollständig auf eine Teilnahme an der Veranstaltung, die von der „Politikfabrik“, einer studentischen Agentur für politische Kommunikation zur Unterstützung von Erstwählerkampagnen, an 80 ausgewählten Schulen bundesweit gemeinsam mit den Schülern vorbereitet und durchgeführt wurde.



„Euro-Wahl-Gang 09“ nannte sich die Diskussionsrunde mit Politikern zur Europawahl, die von GBI-Schülern und Studenten vorbereitet worden war. (v.l.): Moderator David Gründker, Politiklehrer Fritz Wellmann, Maren Kaminsky (Die Linke), Moderator Lukas Kuckmeyer, Holger Dobratz (SPD), Hubertus Rau (FDP) und Melanie Yola Fischer von der „Politikfabrik“.

Europapolitik ist an der „Europaschule“ GBI ein Thema, das ständig präsent ist, insofern waren die Schülerinnen und Schüler auf dem Podium und im Publikum gut vorbereitet. Sie verfolgten genau,

welche unterschiedlichen Antworten die Politiker auf ihre Fragen gaben, registrierten Nuancen, Ungenauigkeiten oder Schwächen in der Argumentation. Insofern traf Melanie Yola Fischer von der Politikfabrik genau den Punkt als sie mit den Worten „Wir sind wählerisch“ die Diskussionsrunde eröffnete und den Ring freigab für die Fragen der Moderatoren David Gründker und Lukas Kuckmeyer.

Was bringt uns Europa? Warum sollten wir wählen? „Heute ist der 8. Mai, der Tag der Kapitulation des Nazi-Regimes“, rief Maren Kaminski in Erinnerung und betonte, dass „durch ein vereintes Europa Frieden und Demokratie gesichert werden“, wenn sie auch manchmal unter der Tagespolitik verloren zu gehen drohen. Diesen fundamentalen Erfolg des europäischen Zusammenschlusses betonten auch Holger Dobratz und Hubertus Rau, der zudem ein bislang fehlendes initiatives Gesetzesvorschlagsrecht für das Europa-Parlament fordert. In Bezug auf eine europäische Bildungspolitik warnte Rau vor einer Vereinheitlichung: Bildung sei regional und national in der jeweiligen Kultur verankert. Allerdings befürwortet er eine europaweite Anerkennung von Hochschulabschlüssen und eine möglichst frühzeitig geförderte Mehrsprachigkeit schon bei Kleinkindern. Gegen „Schmalspurstudiengänge“ als Folge des Bologna-Prozesses wettete Kaminsky: „Auf Knopfdruck sagen dann alle das Gleiche.“ Sie fordert mehr Freiheit und Kreativität in den Bildungsgängen: „Mein gesellschaftlich-politisches Engagement hat mir mit Sicherheit mehr gebracht als manche Vorlesung.“ Gegen bildungspolitische Kleinstaaterei und für ein national einheitliches Bildungssystem plädiert Dobratz. Fremdsprachen bereits im Kindergarten und Studiengebühren hält er für falsch.

Dass in der Wirtschaftskrise die Klimakrise hinten angestellt werde, sei fatal, waren sich die drei Politiker einig, schließlich müssten und dürften Wirtschaft und Ökologie nicht im Widerspruch zueinander stehen. „Deutschland ist in der Umwelttechnik führend, das könnte neue Arbeitsplätze bringen“, meinte Dobratz und auch Hubertus Rau plädierte für den Ausbau neuer umweltfreundlicher Technologien. „Die Deutschen rennen immer da hin, wo es am billigsten ist. Aber Öl und Gas sind endlich, wir müssen neue Energieträger erforschen.“ Eine klare Absage an ein Wiederaufleben der Atomenergie erteilen die Linken: „Besser ist es, Solar- und Windenergieanlagen auf den neuesten technischen Stand zu bringen.“

Warum erscheint uns Europa so fern, warum erfahren wir so viel mehr über den Bundestag als über das europäische Parlament? Das sei im Grunde nicht einzusehen, sagte Hubertus Rau, denn rund 70 Prozent aller Gesetze, die in Berlin beschlossen werden, seien Umsetzungen europäischer Rechtsvorschriften in deutsches Recht. Und weil dieser Einfluss Europas auf das Leben jedes einzelnen so hoch sei, müsse man wählen und so mitgestalten. Für die Wahrnehmung des Wahlrechts plädierten selbstverständlich auch Dobratz und Kaminsky, letztere auch mit der Begründung: „Wer wählt, informiert sich.“

Eine Kurzumfrage unter den Schülern ergab, dass dieser Effekt mit der Veranstaltung erreicht worden ist. O wollen sich nicht nur Beate, Isabell und Laura noch intensiver mit den Programmen der verschiedenen Parteien befassen. (PeP)

***Europa ist wichtig!***

***Ein Kommentar von Petra Pieper***

*Wussten Sie, dass am 7. uni Europawahl ist? Werden Sie wählen gehen? Die Beteiligung an Wahlen zum europäischen Parlament sank von über 60% (1979) auf 43% (2004). Offensichtlich wird diese Wahl trotz ihrer Bedeutung nicht wirklich ernst genommen. Nicht von den Wählerinnen und Wählern, denen anscheinend nicht klar ist, wie hoch inzwischen der Einfluss europäischer Gesetzgebung auf unser aller Leben ist, und nicht von den Parteien. Wie sonst ist es zu erklären, dass zu der langfristig geplanten Podiumsdiskussion am Gymnasium Bad Iburg mit knapp 100 Erstwählern lediglich ein (!) Kandidat erschien, zwei Parteien zwar immerhin Diskussionsteilnehmer – wenn auch keine Kandidaten – schickten, zwei andere jedoch durch völlige Abwesenheit glänzten? Da werden Terminüberschneidungen ins Spiel gebracht, und sicherlich sind Wahlkampfzeiten anstrengende Zeiten. Man versteht auch, dass EU-Parlamentarier während der Sitzungswoche in Straßburg nicht abkömmlich sind. Aber die Kandidatenliste der CDU umfasst über 100 Namen, die der Grünen immerhin 25. Auch hätte die Möglichkeit bestanden, einen in Europafragen bewanderten Kommunalpolitiker zu senden. Jungwählerinnen und Jungwähler sind wählerisch, sie sind gewillt sich zu informieren und eine begründete Wahlentscheidung zu treffen. Sich ihnen zu stellen, sollten Politiker sich in ihrem eigenen Interesse angelegen sein lassen.*